

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

I. Grundlage des Unternehmens

Die Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Leibniz-Institut für Primatenforschung (DPZ, gegründet 1977) ist ein eigenständiges Forschungsinstitut mit Infrastrukturaufgaben für die deutsche Wissenschaft. Sie ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird anteilig vom Bund und von den Ländern finanziert. Darüber hinaus werden Finanzmittel von Forschungsförderungsorganisationen eingeworben sowie Einnahmen durch Serviceleistungen, Patente und Lizenzen generiert.

Die Aufgaben des DPZ bestehen in der Bearbeitung grundlagenorientierter biologischer und biomedizinischer Fragestellungen, die besonders das Studium und den Einsatz von Primaten erfordern. Dazu gehören auch das Studium und der Erhalt freilebender Primatenpopulationen und die Verbesserung der Haltung der Tiere in Menschenobhut.

Die Tierkolonie des DPZ umfasste zum Jahresende 2024 1.112 Tiere (Vorjahr: 1.204 Tiere) (Rhesusaffen, andere Makaken- und Krallenaffenarten). Die Notwendigkeit der Züchtung ergibt sich aus dem Gesellschaftsvertrag: Aufgabe der Gesellschaft ist es, naturwissenschaftliche und medizinische Forschung über und mit Primaten zu betreiben sowie Primaten für die Versorgung anderer Forschungsinstitute zu halten und zu züchten sowie primatenbezogene Serviceleistungen zu erbringen.

Die Forschungsfelder des Zentrums sind gegliedert in die Sektionen Infektionsforschung, Organismische Primatenbiologie und Neurowissenschaften. Die Sektionen stellen wissenschaftliche Bereiche dar. Die Forschergruppen und Abteilungen behalten jedoch ihre inhaltliche und finanzielle Autonomie. Die Vertretung der Sektionen wird jeweils von einem/einer leitenden Wissenschaftler*in der Abteilungen aus der jeweiligen Sektion in einem rotierenden Verfahren wahrgenommen.

Für externe Institute und Forschende bietet das DPZ eine Reihe von Serviceleistungen an. Dazu gehört die Bereitstellung von qualifizierten Arbeitsplätzen in den Speziallaboren: Hormon-, DNA- und Rezeptoranalytik, Virusisolation, Echtzeit-Ultrasonographie, konfokale Laserscanning-Mikroskopie, Magnetresonanztomographie (MRT) und Magnetresonanzspektroskopie (MRS) sowie extrazelluläre Ableitungen am Neuron. Sicherheitslabore der Stufen S2 und S3 stehen im Haus zur Verfügung, in denen u. a. Antikörperbestimmungen gegen Retroviren, bakteriologische und parasitologische Untersuchungen sowie Sektionen

durchgeführt werden. Für begutachtete Forschungsprojekte und zu Zuchtzwecken stellt das DPZ anderen Forschungseinrichtungen und Zoologischen Gärten Tiere zur Verfügung. In spezialisierten Haltungseinheiten können Externe ihre Tiere quarantänisieren, halten und betreuen lassen. Primatenhaltende Institute und Zoos können das DPZ in Fragen zu artgerechter Haltung und zu tierärztlicher Betreuung sowie pathologischen Untersuchungen in Anspruch nehmen.

Das DPZ unterhält in Madagaskar, Guinea, Senegal und Thailand jeweils eine Freilandstation, die auch externen Forschungsgruppen zur Verfügung stehen. Für nationale und internationale Naturschutzorganisationen und Regierungen entwickelt das DPZ Empfehlungen für den Arten- und Naturschutz in den Ursprungsländern der Primaten.

Durch vielfältige Kooperationen ist das DPZ eng in den Forschungsstandort Göttingen eingebunden. So sind die meisten Abteilungsleitungen und Forschungsgruppenleitungen gleichzeitig Professor*innen der Georg-August-Universität Göttingen oder der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Seine Rolle als Referenzzentrum wird dadurch belegt, dass es ein essentieller Partner zahlreicher Forschungsprojekte sowohl am Standort Göttingen als auch weltweit ist. Exemplarisch ist der Beitrag vom DPZ zum Else-Kröner-Fresenius-Zentrum für optogenetische Therapien, welches gerade am Göttingen Campus entsteht. Die Wissenschaftler*innen des DPZ sind zudem gefragte Ansprechpartner für die Medien. Im Jahr 2024 wurden 25 Interviews gegeben. Die Expertise im Zusammenhang mit transparenter Kommunikation über Tierversuche wird national und international angefragt, sowohl von anderen Forschungseinrichtungen als auch von Universitäten und Kliniken. Zudem engagiert sich das DPZ maßgeblich in der Initiative „Tierversuche verstehen“, dessen Sprecherrolle Prof. Treue innehat.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wesentlichen verwaltungsspezifischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für die Gesellschaft als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) aus den Beschlüssen zur Umsetzung der AV-WGL¹ in der jeweils aktuellen Fassung. Die Aufteilung der dem DPZ zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auf die drei Sektionen und den Servicebereich erfolgt nach den aktuellen Erfordernissen auf der Basis von Programmbudgets.

¹ Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. - Ausführungsvereinbarung WGL (AV-WGL)

Innerhalb der Sektionen greift zusätzlich eine leistungsabhängige Mittelverteilung, soweit nicht Berufungszusagen zum Tragen kommen.

2. Geschäftsverlauf

Die Berufungsdauer für Leitungspositionen am DPZ ist auf maximal fünf Jahre begrenzt. Grundlage für eine Wiederberufung ist eine positive Evaluierung bzw. Stellungnahme zu den Leistungen der jeweiligen Forschungseinheit. In 2024 wurden eine Stellungnahme bzw. Evaluierung zu den Leistungen der Abteilungen Funktionelle Bildgebung und der Forschungsgruppe Soziale Evolution der Primaten durchgeführt. Auf Basis einer exzellenten Leistungsbeurteilung wurden beide Leitungen wiederberufen. Unter der Leitung von Herrn Prof. Moser wurde ein neuer Sonderforschungsbereich bewilligt. Weiterhin wurde am Campus ein neues Graduiertenkolleg „Neugier“ ins Leben gerufen. In der Tierhaltung steht demnächst auf Abteilungsleitungsebene ein altersbedingter Wechsel bevor. Um den Wissenstransfer und die Einarbeitung effektiv zu gestalten, wurde zum 01.08.2024 eine neue Person eingestellt.

Die programmatische und strukturelle Entwicklung des DPZ konnte in 2024 fortgesetzt werden. Gleichwohl reichen die Kernhaushaltssteigerungen nicht aus, um die Kostensteigerungen durch Tarifsteigerungen, Inflation und steigende Sanierungsbedarfe eines veralteten Baubestandes zu kompensieren. Um den drohenden Kostensteigerungen entgegenzuwirken, hat das DPZ zum Sommer 2024 ein umfangreiches Sparkonzept entwickelt und dieses mit den Zuwendungsgebern gemeinsam abgestimmt und eingeleitet.

Neben der Strategie Kosteneinsparungen im Sachmittelbereich zu realisieren, werden darüber hinaus weitere zukunftsbezogenen Konsolidierungsstrategien erarbeitet, die mittelfristig den Haushalt des DPZ sichern sollen. Bei den Serviceleistungen ist das DPZ derzeit in der Lage, nach Abklingen der Pandemie, seine besondere Stellung und Aufgabe laut Gesellschaftsvertrag wieder stärker gegenüber den nationalen und internationalen Kooperationspartnern wahrzunehmen und mit Tierabgaben und tierbezogenen Dienstleistungen der Nachfrage bei Forschungseinrichtungen und öffentlichen Stellen umfassend zu begegnen.

In der Tierzucht sind in 2024 diverse Sanierungsmaßnahmen umgesetzt und geplant worden. Das vorhandene Tiergehege für Paviane wurde im Innen- und hinteren Außenbereich saniert, um eine größere Haltungsfläche zu ermöglichen. Im PRICAB-Gebäude fanden einzelne Käfigbauten statt, um das geplante Kamerasystem zu Beobachtungszwecken auszubauen. Im PRICAB-Gebäude soll sukzessive nach dem Umzug der Paviane in das Achteck die Züchterweiterung der Rhesus-Affen aufgebaut werden.

Neben der institutionellen Förderung und den Eigenen Einnahmen aus Serviceleistungen und Tierverkäufen stellen die Drittmittelinwerbungen einen wesentlichen Finanzierungssockel des DPZ dar. Im Jahr 2024 konnten insgesamt 5,0 Mio. € neue Projektmittel eingeworben werden. Der Rückgang an eingeworbenen Drittmitteln im Vergleich zum Vorjahr (4,2 Mio. €) konnte damit umgekehrt werden und bewegt sich in Richtung des Niveaus vor 2020 (ca. 5 – 8 Mio. €/Jahr). Die Phase hoher Drittmittelinwerbungen von 2020-2022 (im Mittel 13,7 Mio. € pro Jahr) war insbesondere durch die Corona-Projekte in der Infektionsforschung geprägt. Als Projekte mit großem Förderumfang ragten 2024 das Else Kröner Fresenius-Zentrum (EKFZ) und ein neues Graduiertenkolleg (GRK 2906 „Neugierde“) heraus. Der DPZ-Förderanteil am EKFZ beträgt 1,2 Mio. € (Fördervolumen des gesamten EKFZ für 5 Jahre 20 Mio. €), sowie 940 T€ am Graduiertenkolleg (Gesamtförderung der ersten fünfjährigen Phase rund 10 Mio. €). Die durchschnittliche Overheadquote ist im Vergleich zum Vorjahr allerdings auf 14 % (Vorjahr: 17 %) gesunken, was auf die Art der zuwendungsgebenden Institutionen zurück zu führen ist. Besonderen Einfluss auf die Overheadrate in 2024 hatte die Förderung der Else Kröner-Fresenius Stiftung. Einer Förderung des EKFS in Höhe von 1,2 Mio. EUR standen keine Overheadmittel gegenüber.

Im Laufe des Jahres wurde das Energiemanagement weiter kontinuierlich aufgebaut. Wichtige Einsparpotenziale wurden erkannt und mit geeigneten Maßnahmen umgesetzt. Nachdem im letzten Jahr alle nicht sanierungsbedürftigen Dachflächen am DPZ mit PV-Modulen belegt wurden, konnte in diesem Jahr noch der Hang (Nutzfläche: 225 m²) hinter dem PRICAB-Gebäude mit Solarmodulen belegt werden. Aufgrund der dazugewonnen installierten Fläche an PV-Modulen und dem längeren Nutzungszeitraum pro Jahr konnte der Stromertrag fast verdoppelt werden. In 2023 konnten 120.000 kWh und in 2024 knapp 225.000 kWh an Sonnenenergie gewonnen werden. Weiterhin konnte der Austausch der Leuchtstoffröhren durch moderne LED-Leuchten im gesamten DPZ abgeschlossen werden, um den Stromverbrauch weiter zu senken.

Der anhaltende Fachkräftemangel wirkte sich weiterhin auf viele Bereiche am DPZ aus. Bei Bauleistungen nimmt die Anzahl der Anbieter in Ausschreibungsverfahren weiterhin massiv ab. Dadurch konnten vorgesehene Maßnahmen aus der Investitionsplanung nicht wie geplant umgesetzt werden. Konkret konnten aus dem bereitgestellten Investitionsvolumen für Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich von 948 T€ gerade einmal 311 T€ realisiert werden. Dies hat zur Folge, dass notwendige Maßnahmen in Folgejahre verschoben werden müssen.

Wie im Vorjahr kam es auch in 2024 bei zahlreichen Tierversuchsanträgen zu starken Verzögerungen. Das bestandsgefährdende Risiko der erheblichen Bürokratisierung der Tierversuchsgenehmigungsprozesse sowie der Neueinschätzung der Belastungsgrade wurde weiterhin mit dem Aufsichtsrat intensiv auf der 98. Sitzung am 05.06.2024 und der 99. Sitzung am 14.11.2024 erörtert. Zudem fanden in 2024 auf politischer Ebene Zielgespräche mit den Wissenschaftsministern aus Niedersachsen und Hessen statt. Das DPZ ist derzeit gezwungen umfassend auf juristische Beratung in der Kommunikation mit der aufsichtsgebenden Behörde zurückzugreifen.

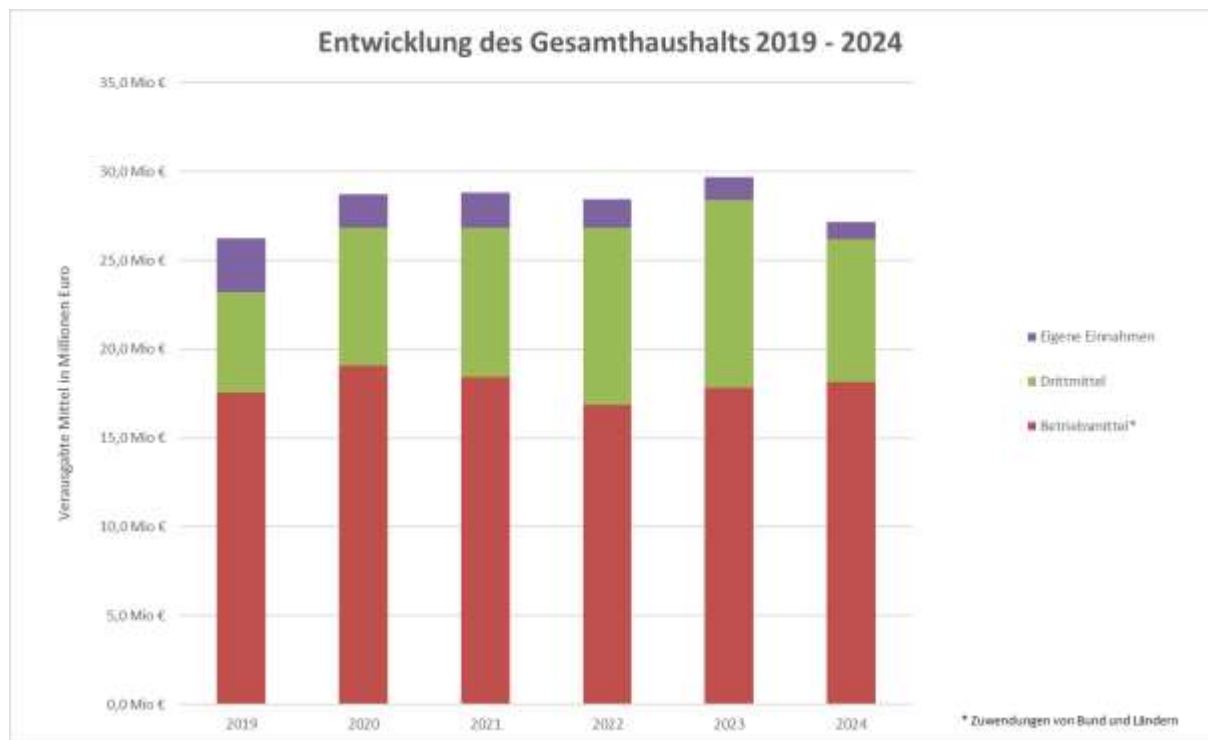
3. Ertragslage, Finanz- und Vermögenslage

Der Finanzbedarf der Gesellschaft wird überwiegend aus Zuwendungen des Bundes und der Länder entsprechend der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. (AV-WGL) gedeckt. Darüber hinaus wird der Finanzbedarf aus eigenen Erträgen und aus Projektbewilligungen für einzelne Forschungsvorhaben gedeckt. Die Ausgaben eines Forschungsprojektes werden vor Beginn durch entsprechende Einzelbescheide gesondert bewilligt.

Aufgrund des in dem jeweiligen Geschäftsjahr aufzustellenden Programmbudgets und der in der mittelfristigen Finanzplanung der Gesellschaft veranschlagten Mittel, die zurzeit als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt werden, ist die Finanzierung der laufenden Betriebs- und Investitionskosten nicht gesichert. Fremdkapital von Banken wird nicht in Anspruch genommen. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr gegeben.

Für das Jahr 2024 waren Zuwendungen im Rahmen der institutionellen Förderung für den Betriebs- und Investitionshaushalt in Höhe von insgesamt 18,8 Mio. € bewilligt worden. Insgesamt wurden 18,2 Mio. € (Vorjahr: 17,8 Mio. €) im Berichtsjahr ertragswirksam vereinnahmt. Zusätzlich hat die Gesellschaft 0,5 Mio. € für Investitionen in das Anlagevermögen erhalten, die unmittelbar mit dem Anlagevermögen verrechnet wurden. Die Erträge aus Zuschüssen von anderen Zuschussgebern entwickelten sich rückläufig auf 8,0 Mio. € (Vorjahr: 10,6 Mio. €). Weitere 0,4 Mio. € wurden direkt mit Investitionen in das Anlagevermögen verrechnet.

Die nachfolgende graphische Darstellung zeigt die Entwicklung des Gesamthaushalts zwischen 2019 und 2024:



Aufgrund der Bewirtschaftungsgrundsätze beim DPZ dürfen Overheadmittel und eigene Einnahmen (Mehrerträge), die im laufenden Jahr nicht verausgabt werden, in Folgejahre übertragen werden, wenn sie zur Finanzierung von satzungsgemäßen Forschungs- und Serviceaufgaben verwendet werden. Im Berichtsjahr wurden 638 T€ (Vorjahr 503 T€) Umsatzerlöse erzielt und rund 1,3 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €) Overheadmittel generiert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2024 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab, da in Höhe der über die Zuschusszahlungen hinausgehenden Mehrerlöse Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Zuwendungsgeber Bund und Land bilanziert werden. Für das Jahr 2024 ergab sich aus der Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 1,2 Mio. € der auf der Passivseite unter den Verbindlichkeiten als „Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung gegenüber Gesellschaftern“ ausgewiesen wird. Der Gewinn wird im Folgejahr den Mehrerträgen des DPZ gutgeschrieben, die auf der Passivseite unter den Verbindlichkeiten als „andere sonstige Verbindlichkeiten davon gegenüber Gesellschaftern“ bilanziert sind.

Im Geschäftsjahr 2024 waren durchschnittlich 324 (Vorjahr 335) Personen und 4 (Vorjahr 3) Auszubildende beschäftigt. Außerdem waren 155 Gäste (Vorjahr 147) an und in

Infrastrukturen des DPZ tätig. Beim Personalaufwand wirkte sich in 2024 insbesondere die aufgelöste Rückstellung für die Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 440 T€ erfolgswirksam aus und neutralisiert damit die gestiegenen Personalkosten aus den für 2024 vorgesehenen Tarifsteigerungen in Höhe von 252 T€.

Der Sachmittelaufwand reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. €. Dies lässt sich einerseits auf den Einbruch an eingeworbenen Drittmitteln zurückführen. Allein im Drittmittelbereich sanken z. B. die Ausgaben für Laborbedarfe um 442 T€, der Zukauf von Tieren um 190 T€ und die Ausgaben für Reisekosten um 60 T€. Andererseits wirkte sich insbesondere der Fachkräftemangel und die knappe Verfügbarkeit von Fachfirmen kostensparend auf das Jahresergebnis aus. Auch das zum Sommer 2024 entwickelte Sparkonzept trug entsprechend zu weiteren Kosteneinsparungen bei. Die Ausgaben für den technischen Bedarf konnten um 109 T€ reduziert werden. Dienstleistungen von Außenstehenden konnten um 203 T€ gekürzt werden.

Einen enormen Rückgang erfuhren auch die Investitionen in neue wissenschaftliche Geräte und Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Diese reduzierten sich kumulativ um 826 T€. Mit 77 % entfiel der größte Anteil am Rückgang allein auf den Drittmittelbereich. Die wesentlichen Investitionen des Geschäftsjahrs betrafen die Anschaffung von Laborgeräten mit 141 T€ sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 282 T €.

In 2024 hat das DPZ von dem Bilanzierungswahlrecht Gebrauch gemacht Zuschüsse zum Anlagevermögen direkt vom Anlagevermögen abzusetzen. Aufgrund der angestrebten Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht und dem daraus resultierenden Mehraufwand soll eine künftige umfangreiche Nachhaltigkeitsberichtserstattung im Jahresabschluss vermieden werden. Mit der geplanten Gesetzesänderung ist ein Bilanzierungswechsel (Durchbrechung des Grundsatzes der Ansatz- und Bewertungsstetigkeit) möglich. Die Bilanz weist daher ab diesem Jahr ein um das Anlagevermögen reduziertes Gesamtvermögen aus. Das Anlagevermögen ist mit dem auf der Passivseite gleichhohen Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen saldiert worden. Mit diesem Schritt verfolgt das DPZ das Ziel zukünftig als „KMU“ qualifiziert zu werden, welches in der Darstellungsform auch den geschäftspolitischen Verhältnissen entspricht.

Die Bilanzsumme reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 52,0 Mio. € (-78,4 %) auf 14,3 Mio. €.

Das Eigenkapital blieb aufgrund der spezifischen Finanzierung der Gesellschaft unverändert.

Die im Geschäftsjahr 2024 gebildeten Rückstellungen für Urlaubsansprüche und Gleitzeitüberhänge sind kurzfristig und wurden in den ersten Monaten des Folgejahres ausgeglichen. Für die gebildete Rückstellung „Härtefallfond“ besteht eine Rückzahlungsverpflichtung, die im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung an den Zuwendungsgeber zurückgezahlt wird. Die gebildete Rückstellung wegen ungewisser Schadensersatzansprüche (Bauvorhaben Sanierung Tierhaus) wurden um 5,6 T€ reduziert und betragen 79,4 T € (Vorjahr 85 T €).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestanden im Wesentlichen für Strom und Fernwärme, Instandhaltungsmaßnahmen, Laboreinrichtung und -geräte sowie für externe Lieferungen und Dienstleistungen. Sie wurden in den ersten beiden Monaten des folgenden Geschäftsjahres ausgeglichen.

Die übrigen Verbindlichkeiten bestanden im Wesentlichen aus den Verpflichtungen gegenüber Zuschussgebern und Gesellschaftern. Der Ausgleich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern erfolgt im folgenden Geschäftsjahr. Die bedingten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben in der Regel eine längere Restlaufzeit als ein Jahr, da deren Restlaufzeit von der auflösenden Bedingung (Verwendung/Ausgabe) abhängt.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die finanzielle Steuerung der Gesellschaft erfolgt im Rahmen von Programmbudgets, die den drei Leistungsbereichen Infektionsforschung, Organismische Primatenbiologie und Neurowissenschaften auf Grundlage der geplanten Kosten und Investitionsausgaben als finanzielle Leistungsindikatoren entsprechende Mittel zur Durchführung ihrer Arbeiten zuweisen. In den Programmbudgets sind auch nichtmonetäre Leistungsindikatoren aufgeführt, an denen die Leistungsbereiche gemessen werden, z.B. angeworbene Drittmittel (auf Ausgabenbasis), qualitative Bewertung der Publikationen, Betreuung von Promotionen und die Anzahl an Master- und Bachelorabschüssen.

III. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen der Gesellschaft bestehen nicht.

IV. Prognosebericht

Das DPZ blickt mit Sorge auf die mittelfristige Finanzentwicklung. Das Programmbudget 2025 wird auf der Basis eines Kernhaushalts erstellt. Dieser wurde pauschal um insgesamt 2,0 %

gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Die pauschale Steigerung des Kernhaushalts ergibt sich aus dem Pakt für Forschung und Innovation, der für die zukünftigen Jahre bis einschließlich 2030 den Zuwendungsempfängern eine jährliche Steigerung des Kernhaushalts von 2,0 % in Aussicht stellt. Ab 2025 werden erstmals auch die bewilligten Mittel für den Sondertatbestand „PRIDAS“ in Höhe von 1,6 Mio. € auszahlungsreif. Der Kernhaushalt soll neben den Ausgaben für Investitionen und den Personal- und Sachausgaben auch die regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen wie Bauunterhaltung und laufende Investitionen abdecken. Die jährlichen Steigerungen des Kernhaushalts gleichen die allgemeinen Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse, Kosten aus Aufstieg von Personal in Erfahrungsstufen, Inflation und steigende Sanierungsbedarfe eines veralteten Baubestandes jedoch nicht aus. Daneben finanziert das DPZ eine wissenschaftliche Abteilung und weitere einzelne Projekte vollständig aus eigenen Einnahmen.

Die Einwerbung von Drittmitteln unterliegt erwartungsgemäß jährlichen Schwankungen. Die Jahre 2020-2022 waren aus den genannten Gründen durch hohe Drittmiteleinwerbungen geprägt, deren Verausgabung bis Ende 2025 andauert. Wie sich bereits aus dem Trend für 2024 andeutet, rechnet die Geschäftsführung für die Folgejahre mit einem Einpendeln der Drittmiteleinwerbung auf ein relativ konstantes Niveau, etwas über der Größenordnung der Jahre vor 2020, das im Bereich von 5 bis 8 Mio. € schwankte.

Bei den Energiekosten rechnet das DPZ für 2025 mit konstanten Ausgaben von 1,3 Mio. €. Ab 2025 gilt zwar ein neuer Stromliefervertrag, deren Tarif knapp 20 % günstiger ist als der Vorherige. Allerdings werden steigende Kosten für Fernwärme und Heizöl erwartet. Die gebildete Rückstellung für den Härtefallfond in Höhe von 369 T€ wird in 2025 im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung aufgelöst und an den Zuwendungsgeber zurückgezahlt. Im Personalbereich rechnet das DPZ in 2025 mit aus Tarifsteigerungen bedingten höheren Personalkosten von 5,5 %. Unter Berücksichtigung der Realisierung des Sondertatbestandes „PRIDAS“ beläuft sich die gesamte Personalkostensteigerung auf ca. 1,8 Mio. €. Im Sachmittelbereich wird eine prozentuale Steigerung von 4 % zum Vorjahr erwartet. Insgesamt geht das DPZ davon aus, dass die pauschalen Kernhaushaltsteigerungen von jährlich 2 % nicht ausreichen werden, um die gesamten Kostensteigerungen aufzufangen. Unter Berücksichtigung des Sondertatbestandes „PRIDAS“ und dem Einsparkonzept gekoppelt mit der aktuell zu erwartenden Kernhaushaltssteigerung von 2 % p. a. stehen 3,5 % ungedeckte Kostenaufwüchse beim Personal und 3 % nicht gedeckte Aufwüchse bei den Sach- und Investitionskosten gegenüber. Trotz des Sondertatbestandes und der erheblichen eigenen Einsparungen rechnet das DPZ daher für 2025 mit einem Haushaltsdefizit von ca. 1,2 Mio. €.

In 2026 liegt das prognostizierte Haushaltsdefizit bei 757 T €. In 2027 beträgt das prognostizierte Haushaltsdefizit 974 T €.

Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung des Haushaltsdefizits in den Jahren von 2025 bis 2027:

	2025	2026	2027
Geschätzte Unterdeckung ²	-3.931.100 €	-3.562.200 €	-3.805.300 €
Ausgleich aus zu erwartenden Overheadmitteln und Eigenen Einnahmen	2.775.000 €	2.805.000 €	2.831.000 €
= Prognostiziertes Strukturelles Defizit ²	-1.156.100 €	-757.200 €	-974.300 €

Die Darstellung verdeutlicht, dass die zu erwartenden Overheadmittel und Eigenen Einnahmen nicht ausreichen werden, um in den Jahren 2025 – 2027 die geschätzte Unterdeckung zu kompensieren. Für die Geschäftsjahre 2025 bis 2028 verfügt das DPZ noch über genügend Eigenmittel, um den drohenden Verlust aufzufangen. Unter Fortführung dieses Szenarios lässt sich allerdings prognostizieren, dass bereits in 2029 die Eigenmittel für den Ausgleich dieses Haushaltsdefizits aufgebraucht sein werden. Strukturelle Veränderungen zur weiteren Reduktion der Ausgaben mit erheblichen Auswirkungen auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Instituts sind derzeit in der Abstimmung. Unter der Voraussetzung, dass eine Sanierung der Altbauten ab 2027 aus Zuwendungen der Länder und des Bundes stattfinden wird, die bereits in 2024 eingeleiteten zusätzlichen Sparmaßnahmen auch dauerhaft greifen und eine mit den Zuwendungsgebenden abgestimmte zusätzliche Förderung für veraltete Großforschungsinfrastrukturen (MRT-Geräte), Umstellungen bei Wärme und Strom hin zu regenerativen Energiequellen erfolgt, sowie drittmittelbasierte Plattformförderung im Bereich der Alternativ- und Ergänzungsmethoden sowie der Genetik und Klimafolgenanpassungsforschung stattfindet, sieht das DPZ sich auf einem Weg in die Konsolidierung des Institutshaushaltes.

V. + VI. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft erhält zur Kostendeckung Zuwendungen der Gesellschafter durch rechtskräftige Verwaltungsakte. Darüber hinaus hat sie Erträge aus Serviceleistungen, die sich aus den satzungsgemäßen Aufgaben ergeben, sowie zweckgebundene Zuwendungen und

² Das strukturelle Defizit bezeichnet die systematische Unterfinanzierung des Kernhaushaltes nach Berücksichtigung der Overheaderträge und den Erträgen aus dem eigenen Erwerb.

Zuschüsse für Forschungsprojekte von Dritten in Höhe der dafür anfallenden Ausgaben erhalten.

Der Aufsichtsrat beschließt die für ein Jahr benötigten Finanzmittel mit etwa einjährigem Vorlauf. Die Bereitstellung der Finanzmittel ergibt sich aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Das zur Verfügung stehende Finanzvolumen ist somit frühzeitig bekannt.

Der Risikobericht 2024 wurde erstellt und dazu die bestehenden Risikoszenarien geprüft und entsprechende Maßnahmen fortgeführt bzw. eingeleitet. Es wurden in 2024 zwei weitere Szenarien der Risikodatenbank hinzugefügt: „Klimafolgenrisiken“ und „Lagerwirtschaft und Materialknappheit“. Für die Risiken „Außergewöhnlich hohe Preissteigerungen“, „Cyberangriffe“ und „Rechtliche Rahmenbedingungen für tierexperimentelle Forschung“ wurden die Maßnahmen besonders intensiviert. Mit dem Aufsichtsrat wurde insbesondere wegen der Verzögerungen bei Tierversuchsgenehmigungen das bestandsgefährdende Risiko „Rechtliche Rahmenbedingungen für tierexperimentelle Forschung“ fortwährend erörtert und Maßnahmen zum Umgang mit dem Risiko ergriffen. In 2024 wurden Rechtsmittel gegen die Teilgenehmigung des Tierversuchsantrags einer Abteilung eingelegt. Zum Thema Cybersecurity wurden in 2024 die Schulungen für alle Beschäftigten fortgesetzt. Zudem wurde das IT-Personal verstärkt und Pläne für die Aufrechterhaltung des wesentlichen Geschäftsbetriebs bei erfolgreichen Cyberangriffen wurden weiterentwickelt. Nach dem IT-Sicherheitscheck in 2023 wurden entsprechende Sicherheitsmaßnahmen in 2024 prioritär eingeleitet bzw. umgesetzt.

Das DPZ plant weiterhin die Sanierung seines Labor- und Funktionstraktes von 1984. Hierzu ist die Notwendigkeit der Sanierung durch den Aufsichtsrat und die Gesellschafter anerkannt und entsprechende Planungsaktivitäten zur Sanierung durch die Zuwendungsgeber aktiv unterstützt. Daraus folgte in 2024 kurzfristig eine zusätzliche Unterstützung zur institutionellen Förderung über 220 T€, die für die anstehenden Kosten der Leistungsphasen 1-3 verwendet werden sollen. Da mit den Ausgaben erst in 2025 zu rechnen ist, erfolgt der Mittelabruf erst in 2025. Die Planungsphasen 1 - 3 belasten das DPZ im laufenden Haushalt mit geschätzten 600 T€, die nur im Falle der Bewilligung der Sanierung von den Zuwendungsgebern übernommen werden.

Die Geschäftsführung sieht aufgrund der aktuellen Weltlage neue Herausforderungen für das DPZ. Hier sind in Vorausschau für die kommenden Jahre allen voran die Verpflichtungen zur Klimaneutralität, zum verantwortungsvollen Umgang mit KI, zur Datensicherheit und zur faktenbasierten Kommunikation über Forschungsergebnisse und Aktivitäten. Die

Geschäftsführung sieht bezogen auf das Geschäftsjahr 2025, neben den zuvor erwähnten, keine weiteren den Bestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken.

Göttingen, den 06.05.2025



Dr. Katharina Peters
Administrative Geschäftsführerin

Prof. Dr. Stefan Treue
Wissenschaftlicher Geschäfts-
führer und Direktor

Bilanz zum 31. Dezember 2024
der
Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Leibniz-Institut für Primatenforschung, Göttingen

A K T I V A				P A S S I V A			
	EUR	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			70,5	Gezeichnetes Kapital		25.600,00	25,6
II. Sachanlagen				B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
1. Grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken			45.682,0	1. zum Anlagevermögen			54.320,5
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			6.193,4	2. zum Vorratsvermögen	118.616,56	118.616,56	139,3
3. Tierbestand			1.501,4				54.459,8
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau		0,00	873,1	C. Rückstellungen			
		0,00	54.320,5	1. Steuerrückstellungen	18.000,00		
				2. Sonstige Rückstellungen	1.456.793,00	1.474.793,00	1.898,3
B. Umlaufvermögen				D. Verbindlichkeiten			
I. Vorräte				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	522.405,49		734,5
1. Hilfs- und Betriebsstoffe		118.616,56	139,3	2. Sonstige Verbindlichkeiten			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2.1. Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung	1.224.770,09		0,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	74.735,34		58,0	davon gegenüber Gesellschaftern			
2. Sonstige Vermögensgegenstände				EUR 1.224.770,09 (Vorjahr: EUR 0,00)			
2.1. Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung	0,00		632,6	2.2. Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern	4.074.726,29		4.458,0
davon gegenüber Gesellschaftern				2.3. Andere sonstige Verbindlichkeiten			
EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 632.589,04)				davon gegenüber Gesellschaftern	6.847.436,07		4.664,5
2.2. Forderungen gegen Zuschussgeber	618.667,20		724,7	EUR 3.994.778,43		12.669.337,94	9.857,0
2.3. Andere sonstige Vermögensgegenstände	427.745,07	1.121.147,61	501,1	(Vorjahr: EUR 4.627.367,47)			
		1.239.764,17	2.055,8				
III. Wertpapiere							
1. Sonstige Wertpapiere		0,00	0,0				
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		12.906.279,34	9.759,2				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		142.303,99	105,2				
		14.288.347,50	66.240,6			14.288.347,50	66.240,6

Gewinn- und Verlustrechnung**für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2024**

der

Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung**Leibniz-Institut für Primatenforschung, Göttingen**

	€	€	Vorjahr T€
1. Erträge aus Zuschüssen			
a) vom Bund	9.995.521,83		10.038,5
b) vom Land Niedersachsen	8.163.289,61		7.774,6
c) von anderen Zuschussgebern	8.051.838,98		10.591,4
		26.210.650,42	
2. Erlöse und andere Erträge			
a) Umsatzerlöse	637.796,30		502,7
b) Sonstige betriebliche Erträge	176.304,17	814.100,47	789,0
davon aus Währungsumrechnung: € 1.135,43 (Vorjahr: € 3.102,84)			
3. Zuweisungen zu dem Sonderposten für			
a) Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00		1.982,1
b) Investitionszuschüsse zum Vorratsvermögen	0,00	0,00	14,4
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.363.754,48		1.854,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.348.905,40		1.360,8
		2.712.659,88	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	15.020.714,20		15.552,2
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.843.582,86		3.909,4
davon für Altersversorgung: € 978.557,67 (Vorjahr: € 994.990,62)			
		18.864.297,06	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		0,00	4.504,1
7. Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Zuschüsse		20.703,12	4.515,6
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.444.064,42	5.025,1
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.129,65	7,2
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 1.120,- (Vorjahr: € 890,-)			
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		21.889,00	0,0
12. Ergebnis nach Steuern		1.414,00	2,5
13. Sonstige Steuern		1.414,00	2,5
14. Jahresüberschuss		0,00	0,0

Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung -
Leibniz-Institut für Primatenforschung
Göttingen

A N H A N G für das Geschäftsjahr 2024

1. Allgemeine Angaben

Die Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung-Leibniz-Institut für Primatenforschung (DPZ) hat ihren Sitz in Göttingen. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen unter HRB 933 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft. Auch gemäß § 18 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages wurden der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Vorschriften des GmbH - Gesetzes zu beachten.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Gliederungen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung folgenden bei der Rechnungslegung staatlich getragener Forschungseinrichtungen gebräuchlichen Erweiterungen. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung wurden erweitert, um die unternehmensspezifischen Gegebenheiten der Gesellschaft zu berücksichtigen und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln zu können.

Die Aktivseite der Bilanz wurde um den „Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung“ und die „Forderungen gegen Zuschussgeber“ erweitert.

Die Passivseite wurde um die "Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen", die „Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Vorratsvermögen, den „Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung“ und die "Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern" ergänzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde um die Posten „Erträge aus Zuschüssen von Bund, vom Land Niedersachsen und von anderen Zuschussgebern“, die „Zuweisungen zu den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“, die „Zuweisungen zu den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Vorratsvermögen“ und die „Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse“ ergänzt.

Vom Grundsatz der Bewertungsstetigkeit wurde bei der bisherigen Darstellung des Anlagevermögens abgewichen. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Zuschüsse finanziert, die bislang passivisch im Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen wurden. Aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Neuregelung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die an das Größenmerkmal „große Kapitalgesellschaft“ geknüpft ist, wird ab diesem Geschäftsjahr das Wahlrecht, die Zuschüsse (auch für die Vergangenheit) unmittelbar von den Anschaffungskosten des Anlagevermögens abzuziehen, Gebrauch gemacht. Es liegt ein begründeter Ausnahmefall im Sinne von § 252 Abs. 2 HGB vor. Aus Gründen der besseren Darstellung der Vermögenslage wird gleichwohl ein vollständiger Anlagenspiegel als Anlage beigefügt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wie zuvor erwähnt wird das Anlagevermögen erstmalig unmittelbar mit den Zuschüssen verrechnet. Zu einem bilanziellen Ausweis des Anlagevermögens kommt es daher nicht mehr. Gleichwohl werden „Im Hintergrund“ die Daten weiterhin für den beigefügten Anlagenspiegel ermittelt, wobei wie bisher die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen zu Anschaffungskosten angesetzt werden, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs.1 HGB. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode auf der Basis der voraussichtlichen betrieblichen Nutzungsdauer vorgenommen. Im Jahr des Zugangs erfolgt die Abschreibung pro-rata-temporis. Die Nutzungsdauern orientieren sich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten AfA-Tabellen.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von nicht mehr als 800,00 € werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel im Jahr des Zugangs als Abgang gezeigt.

Für den Tierbestand wurde abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung ein Festwert gebildet, weil die Primatenkolonie und die übrigen Tiere sich nach Anzahl und Wert nur geringfügig verändern und ihr Gesamtwert für das DPZ nur von nachrangiger Bedeutung ist. Der Festwert wird regelmäßig alle drei Jahre, zuletzt zum 31.12.2024, durch eine körperliche Bestandsaufnahme auf seine Angemessenheit überprüft und angepasst.

Das Vorratsvermögen wurde zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Werten am Bilanzstichtag angesetzt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der Ausgleichsposten für Zuschüsse zur Wirtschaftsführung und die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt worden.

Der „Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten“ werden jeweils mit dem Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 1 HGB Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital ist mit dem Nennwert angesetzt.

Die Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlage- und Umlaufvermögen sind auf die spezifische Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zurückzuführen. Die Gesellschaft finanziert Anschaffungen des Anlage- und Umlaufvermögens im Wesentlichen aus Zuschüssen ihrer Gesellschafter. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wurde im Geschäftsjahr vollständig vom Anlagevermögen abgezogen. Der Ausweis ist damit nicht mehr vorzunehmen. Dem zuschussfinanzierten Umlaufvermögen steht auf der Passivseite der Bilanz weiterhin ein gleich hoher Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Umlaufvermögen gegenüber, der Wertberichtigungscharakter hat.

Unter diese Finanzierungszuwendungen fallen auch Mehrerträge der Gesellschaft, die wegen satzungsgemäßer Verwendung nicht zuwendungsmindernd auf die Grundfinanzierung angerechnet werden. Diese für investive Maßnahmen verwendeten Mittel treten daher entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip an die Stelle gegebenenfalls zusätzlich erforderlicher Zuwendungsmittel aus öffentlichen Haushalten.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden soweit erforderlich bei der Ermittlung des Erfüllungsbetrags berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Rückstellungen von weniger als einem Jahr werden nicht abgezinst.

Erfolgsauswirkungen aus einer Änderung des Abzinsungssatzes werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

3.1. Bilanz

A K T I V A

- A. Die Entwicklung des Anlagevermögens ist, obwohl vollständig durch Zuschüsse finanziert und daher bilanziell nicht mehr ausgewiesen aus Gründen des „true and fair view“ dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel ersichtlich.

B. Umlaufvermögen

Die Vorräte bestehen u. a. aus Hilfs- und Betriebsstoffen für Forschung und Tierhaltung.

Die Restlaufzeit der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beträgt wie im Vorjahr bis zu einem Jahr.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind u. a. ein Erstattungsanspruch aus verauslagten Kosten für diverse Drittmittelprojekte in Höhe von 619 T€ (Vorjahr: 725 T€) und ein Umsatzsteuerguthaben für November und Dezember 2024 in Höhe von 289 T€ (Vorjahr: 357 T€) ausgewiesen.

Bei dem Posten Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 12.906 T€ (Vorjahr: 9.759T€) handelt es sich überwiegend um Guthaben bei der Sparkasse Göttingen.

P A S S I V A

Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert 26 T€.

Der Sonderposten für Zuschüsse zum Vorratsvermögen weist Zuwendungen der Gesellschaft zur Finanzierung der Vorräte in Höhe von 119 T€ (Vorjahr: 54.460 T€) aus. Sofern weiterhin auch ein passivischer Ausweis des Sonderpostens für das Anlagevermögen erfolgen würde, wäre ein Betrag in Höhe von 52.618 T€ zusätzlich auszuweisen.

Die sonstigen Rückstellungen wurden u.a. gebildet für Urlaubsansprüche und Gleitzeitüberhänge 892 T€ (Vorjahr: 905 T€), Härtefallfond 369 T € (Vorjahr 369 T€), Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen 82 T€ (Vorjahr: 84 T€), Jahresabschluss- und Prüfungskosten 28 T€ (Vorjahr 16 T€), Steuerrückstellungen 18 T € (Vorjahr: 0 €) sowie für ungewisse Verbindlichkeiten aus Schadensersatzkosten für Ansprüche aus Bauzeitverzögerungen und Prozesskosten 79 T€ (Vorjahr: 85 T€).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern haben -wie im Vorjahr- sämtlich eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Der Ausgleichsposten weist den handelsrechtlichen Gewinn aus der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 1.225 T€ (Vorjahr: 633 T€ Verlust) aus. Dieser Gewinn wird im Folgejahr den bedingten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zugeführt. In den anderen sonstigen Verbindlichkeiten sind auflösend bedingte Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 3.995 T€ (Vorjahr: 4.627 T€) enthalten, deren Restlaufzeit von der auflösenden Bedingung (Verwendung/Ausgabe) abhängt und daher – wie im Vorjahr - über 1 Jahr liegen kann. Die übrigen anderen sonstigen Verbindlichkeiten haben – wie im Vorjahr - eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 3.995 T € sind auflösend bedingt. Der Betrag resultiert aus eigenen Einnahmen (Mehrerträgen), die zur Finanzierung von bestimmten Forschungs- und Serviceaufgaben verwendet werden können. Die auflösende Bedingung ist mit Verausgabung der Mittel zu satzungsmäßigen Zwecken erfüllt.

3.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge aus Zuschüssen beinhalten mit 18.159 T€ (Vorjahr: 17.813 T€) Zuschüsse der Gesellschafter und mit 8.052 T€ (Vorjahr: 10.591 T€) Zuwendungen aus Drittmitteln.

In den Umsatzerlösen sind im Wesentlichen Erlöse aus dem Servicebereich von 338 T€ (Vorjahr: 369 T€) und der Veräußerung von Tieren 292 T€ (Vorjahr: 126 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 1 T€ (Vorjahr: 5 T€), Periodenfremde Erträge von 2 T € (Vorjahr: 4 T €) und Erträge aus Währungsumrechnungen von 1 T€ (Vorjahr: 3 T€). Im Übrigen beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge u.a. Erstattungen von Arbeitgeberaufwendungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz in Höhe von 59 T€ (Vorjahr: 51 T€).

Sofern weiterhin ein Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen würde, wäre dieser in Höhe von T€ 3.844 (Vorjahr 4.516 T€)

Im Materialaufwand sind der Verbrauch von Labormaterial 799 T€ (Vorjahr: 1.246 T€) und Futter- und Haltungsmittel 487 T€ (Vorjahr: 521 T€) sowie übrige Aufwendungen in Höhe von 77 T€ (Vorjahr: 86 T€) erfasst. Die übrigen Aufwendungen beinhalten u. a. Reinigungsmaterial und Aufwendungen für Desinfektionsmittel u. ä. für Tiereinheiten und Labore. Des Weiteren beträgt der Energieverbrauch 1.349 T€ (Vorjahr: 1.361 T€).

Im Übrigen beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen u.a. Dienstleistungen Dritter 437 T€ (Vorjahr: 640 T€), Aufwendungen für Instandsetzung, Reparaturen und Wartung 1.351 T€ (Vorjahr: 1.464 T€), Erwerb von Primaten 13 T€ (Vorjahr: 206 T€), Reiseaufwendungen 291 T€ (Vorjahr: 365 T€), Währungsumrechnungen von 6 T€ (Vorjahr 4 T€) sowie Verwaltungsaufwendungen 1.857 T€ (Vorjahr: 2.077 T€).

Ertragsteuern in Höhe von 22 T€ entfallen ausschließlich auf das Ergebnis aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Die sonstigen Steuern betreffen Kraftfahrzeugsteuern.

4. Sonstige Angaben

- 4.1. Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Gesamthöhe von 2.646 T€ und betreffen die Jahre 2025 bis 2027. Davon bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen in Höhe von 609 T€ und Verpflichtungen aus anderen Maßnahmen von 2.037 T€.
- 4.2. Im Durchschnitt des Geschäftsjahres wurden 324 (Vorjahr: 335) Angestellte, davon 126 wissenschaftliche Angestellte beschäftigt. Des Weiteren waren 4 (Vorjahr: 3) Auszubildende beschäftigt.
- 4.3. Das zu entrichtende Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das abgeschlossene Geschäftsjahr beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von 16 T€ (Vorjahr: 16 T€).

4.4. Die Mitglieder des **Aufsichtsrats** sind im Berichtsjahr:

Ministerialdirigent Rüdiger Eichel (Vorsitzender)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
MinR Dr. Torsten Geißler (stv. Vorsitzender, bis 03.03.24)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
Ralf Mytzeck-Zühlke (stv. Vorsitzender, ab 04.03.2024)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
Dr. Michael Marahrens	Niedersächsisches Ministerium für Ernähr- ung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover
Prof. Dr. Michael Klein	CarbonOcean International AG, Wollerau
Sabine Brünger-Weilandt	Leibniz-Institut für Informationsstruktur, Eggenstein-Leopoldshafen
Prof. Dr. Metin Tolan	Georg-August-Universität Göttingen
Dr. Tamara Becker	DPZ, Göttingen
Dr. Markus Hoffmann	DPZ, Göttingen

4.5. Die Mitglieder des **Wissenschaftlichen Beirats** sind im Berichtsjahr:

Prof. Dr. Kristine Krug (Vorsitzende)	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Biologie / Lehrstuhl für Sensorische Physiologie, Magdeburg
Prof. Dr. Bernhard Misof (stv. Vorsitzender)	Zentrum für Molekulare Biodiversitätsforschung, Bonn
Prof. Dr. Tim Gollisch	Universitätsmedizin Göttingen, Göttingen
Prof. Dr. med. René H. Tolba	University Hospital Aachen, Aachen
Prof. Dr. Maren von Köckritz-Blickwede	Medizinische Hochschule Hannover, Hannover
Prof. Dr. med. Artur Mayerhofer	Ludwig-Maximilians-Universität, München
Prof. Dr. Susanne E. Ulbrich	Universität Zürich, Schweiz
Prof. Dr. Christine Falk	Medizinische Hochschule Hannover, Hannover
Prof. Dr. Oliver Krüger	Universität Bielefeld, Bielefeld

4.6. **Geschäftsführer:**

Dr. Katharina Peters
administrative Geschäftsführung, Friedland

Prof. Dr. rer. nat. Stefan Treue
wissenschaftlicher Geschäftsführer und Universitätsprofessor für Kognitive Neurowissen-
schaften an der Georg-August-Universität Göttingen, Tübingen

Im Geschäftsjahr gewährte Gesamtbezüge nach § 285 Ziff. 9 a) HGB:

Sitzungsgelder/Bezüge

Aufsichtsrat:	Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden für ihre Tätigkeit keine Bezüge gewährt.
Beirat:	Den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats wurden für ihre Tätigkeit keine Bezüge gewährt.
Geschäftsführer:	Die Gesamtbezüge für die Mitglieder der Geschäftsführung haben für das Geschäftsjahr 2024 326 T€ (Vorjahr: 315 T€) betragen, im Einzelnen:

Bezügebestandteile (brutto)	Prof. Dr. Stefan Treue	Dr. Katharina Peters
	EUR	EUR
Vergütung erfolgsunabhängig	94.632,06	104.494,31
Vergütung erfolgsabhängig	61.166,16	0,00
Versorgungszuschlag	43.899,62	22.124,25
Summe	199.697,84	126.618,56

Göttingen, den 06.05.2025



.....
Dr. Katharina Peters
Administrative Geschäftsführerin

.....
Prof. Dr. Stefan Treue
Wissenschaftlicher Geschäftsführer und Direktor

Entwicklung des Anlagevermögens 2024

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2024	01.01.2024	Zuschreibung	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
I. Immaterielle Vermögensgegenstände erlangt durch erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.069.050,68 €	106.045,00 €	164.774,38 €	- €	1.010.321,30 €	998.524,68 €		54.072,00 €	164.774,38 €	887.822,30 €	122.499,00 €	70.526,00 €
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	78.962.744,80 €	153.274,39 €	685.539,00 €		78.430.480,19 €	33.280.718,29 €		2.203.776,39 €	685.539,00 €	34.798.955,68 €	43.631.524,51 €	45.682.026,51 €
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.604.798,65 €	538.473,57 €	2.289.471,86 €	435.909,11 €	36.289.709,47 €	31.411.386,15 €		1.552.630,98 €	2.276.799,16 €	30.687.217,97 €	5.602.491,50 €	6.193.412,50 €
3. Tierbestand	1.580.200,00 €	1.166.800,00 €	- €	- €	2.747.000,00 €	78.800,00 €	- 78.800,00 €	- €	- €	- €	2.747.000,00 €	1.501.400,00 €
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	873.093,76 €	77.681,12 €	- €	- 435.909,11 €	514.865,77 €	- €		- €	- €	- €	514.865,77 €	873.093,76 €
	119.020.837,21 €	1.936.229,08 €	2.975.010,86 €	- €	117.982.055,43 €	64.770.904,44 €	- 78.800,00 €	3.756.407,37 €	2.962.338,16 €	65.486.173,65 €	52.495.881,78 €	54.249.932,77 €
	120.089.887,89 €	2.042.274,08 €	3.139.785,24 €	- €	118.992.376,73 €	65.769.429,12 €	- 78.800,00 €	3.810.479,37 €	3.127.112,54 €	66.373.995,95 €	52.618.380,78 €	54.320.458,77 €

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung -
Leibniz-Institut für Primatenforschung

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Leibniz-Institut für Primatenforschung, Göttingen – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsches Primatenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Leibniz-Institut für Primatenforschung, Göttingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der

Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen und Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegen-

den Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, 27. Mai 2025

RTH
Revisions- und Treuhandgesellschaft
Hannover mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Veer)
Wirtschaftsprüfer

(Brenner)
Vereidigter Buchprüfer